

Antrag

der Abg. Siegfried Lehmann u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Umweltministeriums

Ausweitung der Platzzahl für das FÖJ

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu beschließen,

mit dem Jahrgang 2010/2011 neunzig zusätzliche Plätze für das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) zu schaffen, sodass insgesamt 210 Plätze zur Verfügung stehen und für eine entsprechende Anpassung der finanziellen Mittel Sorge zu tragen.

07. 10. 2009

Lehmann, Lösch, Neuenhaus,
Rastätter, Sckerl, Dr. Splett GRÜNE

Begründung

Das FÖJ ist ein wertvolles Angebot für junge Menschen. Darüber besteht Einigkeit in der Gesellschaft, bei den Trägern und den politisch Verantwortlichen. Für fast zweitausend junge Menschen war das FÖJ bisher eine wichtige Möglichkeit der persönlichen, beruflichen und sozialen Orientierung. Von Beginn an überstiegen die Bewerberzahlen erheblich die Zahl der zu besetzenden Plätze. Durch die Umstellung auf das achtjährige Gymnasium wird sich 2010/2011 diese Situation weiter verschärfen.

Eine deutliche Ausweitung der Platzzahlen ist also geboten. Die Landesregierung bewies 2008 mit der Anerkennung des Diakonischen Werks Württemberg als drittem Träger des FÖJ neben der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) und dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) politischen Willen zum Ausbau des FÖJ. Eine entsprechende Erhöhung der Fördermittel steht bisher noch aus.

Seit 2004 gibt es bei den Trägern insgesamt 120 Plätze. Ab dem Jahrgang 2010/2011 muss diese Zahl um insgesamt 90 Plätze erhöht werden, um den zusätzlichen Freiwilligen des doppelten Jahrgangs G 8/G 9 gerecht zu werden und den Trägern eine pädagogische und wirtschaftlich sinnvolle Arbeit zu ermöglichen.

Bisher ist das Diakonische Werk gezwungen, mit einer pädagogisch zweifelhaften und unwirtschaftlichen Teilnehmer/-innenzahl von lediglich fünf jungen Menschen zu arbeiten. Auch die anderen Träger des FÖJ agieren an der Grenze der Wirtschaftlichkeit. Wenn sich dies nicht bald ändert, wird es nicht möglich sein, die bestehenden hochwertigen FÖJ-Plätze in Zukunft weiter anzubieten. Um wirtschaftlich und pädagogisch sinnvolle Seminargrößen für die einzelnen Träger zu ermöglichen und den Anfragen von jungen Menschen gerecht zu werden, ist es erforderlich, dass die drei Träger zusammen 210 Plätze anbieten können.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2009 Nr. 21–8802.06/FOEJ/160 nimmt das Umweltministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu beschließen,

mit dem Jahrgang 2010/2011 neunzig zusätzliche Plätze für das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) zu schaffen, sodass insgesamt 210 Plätze zur Verfügung stehen und für eine entsprechende Anpassung der finanziellen Mittel Sorge zu tragen.

Die Landesregierung sieht, dass das FÖJ ein wichtiges Angebot für junge Menschen ist. Es verbindet Persönlichkeitsentwicklung und Berufsorientierung junger Menschen mit Umweltbildung und aktivem Engagement für die Umwelt. Gleichzeitig wird damit oftmals die Grundlage für ein späteres ehrenamtliches Engagement im Natur- und Umweltschutz gelegt.

Die Landesregierung hat sich bereits damit auseinandergesetzt, dass mit dem doppelten Abiturjahrgang 2012 eine steigende Nachfrage nach FÖJ-Plätzen zu erwarten ist. Es wird daher angestrebt, in den Haushaltsjahren 2012 bis 2014 das Platzangebot im Zusammenhang mit dem Abitur 2012 – vorbehaltlich der Verfügbarkeit der erforderlichen Mittel – nahezu zu verdoppeln.

Das Umweltministerium setzt sich darüber hinaus in den Haushaltsverhandlungen dafür ein, bereits für die Jahre 2010/2011 mit einer schrittweisen Erhöhung der Teilnehmerplätze im FÖJ aufgrund des großen Interesses der Jugendlichen an diesem Angebot zu beginnen. Da die Durchführung des FÖJ auf die finanzielle Unterstützung durch Mittel des Bundes und des Landes angewiesen ist, ist eine Ausweitung der Platzzahlen abhängig von den zur Verfügung stehenden Mitteln. Über die in den Jahren 2010/2011 für das FÖJ zur Verfügung stehenden Landesmittel wird im Rahmen der Aufstellung des Staatshaushaltsplans für die Jahre 2010/11 noch entschieden.

Gönner

Umweltministerin